

Kolleginnen und Kollegen,
Delegierte und Gäste des IG Metall Gewerkschaftstages,

Der Vorstand der IG Metall hat mitteilen lassen, dass Leiharbeit, Fremdvergabe und Werkverträge kein Thema für diesen Gewerkschaftstag sind. Dies wurde jedenfalls den Kollegen von Mercedes Bremen so mitgeteilt, die die Delegierten ihrer Gewerkschaft unterrichten wollten über ihren Kampf und über ihre Streiks gegen Fremdvergabe und Leiharbeit, sowie über die Angriffe des Daimler-Kapitals gegen unser Streikrecht. Während Ihr hier also über die Anträge zur „Regulierung“ - statt Verbot - von Leiharbeit und Werkverträgen diskutiert, wird einer Delegation von IG Metallern von Mercedes Bremen der Mund verboten.



"Mercedes-Kollegen in Bremen streiken zum wiederholten Mal gegen Leiharbeit, Fremdvergabe und Werkverträge"



Zur Erinnerung:
Die Mercedes-Kollegen haben bereits sechsmal gegen Fremdvergabe und Leiharbeit gestreikt. In der Nacht vom 11. auf 12. Dezember hat fast die komplette Nachtschicht spontan gestreikt. 761 Abmahnungen, Verhöre, Drohungen, Jagd auf „Rädelsführer“ - das war die Reaktion der Werkleitung. 33 Kollegen haben nun Klage eingereicht. Sie werden dabei vertreten von 4 namhaften und engagierten Rechtsanwälten. Es geht um das Streikrecht in diesem Lande, dessen restriktive Auslegung in der Bundesrepublik Deutschland von EU-Seite bereits mehrfach gerügt worden ist und die internationalem Recht widerspricht.

Die IG Metall verwehrt bislang ihren Mitgliedern den Rechtsschutz. Sie weigert sich hartnäckig, die Mitgliedschaft auch nur zu darüber unterrichten, z.B. in der „metall“. Nicht nur das, sie verwehrt den Kollegen auch das Recht, zu Euch über diese Sache zu sprechen, da - so der Büroleiter des 1. Vorsitzenden - „Euer Anliegen“, wie er es ausdrückt, nichts mit dem Gewerkschaftstag zu tun habe!

(siehe nebenstehendes Schreiben!)

Sprechen hingegen dürfen Leute, die in die kriminellen M a c h e n - s c h a f t e n bei VW verstrickt sind. Und damit mit verantwortlich sind für 35.000 T o t e jährlich allein in

Deutschland, 300.000 europaweit durch Schadstoffe von

Fortsetzung nächste Seite



Von: "Leßmann, Michael" <Michael.Lessmann@igmetall.de>
An: "harry03511@aol.com" <harry03511@aol.com>
Betreff: Gewerkschaftstag
Datum: Mi., Sep. 23, 2015 14:05

Lieber Kollege Heine,

Deinem, bzw. Eurem Wunsch auf dem Gewerkschaftstag zu den Delegierten sprechen zu können, werden wir nicht nachkommen.

Wie Dir bekannt sein sollte, beraten und entscheiden die Delegierten über die Programmatik und die Schwerpunktsetzung der IG Metall über die nächsten 4 Jahre. Dazu zählt Euer Anliegen nicht.

Vorsorglich möchte ich Dich darauf hinweisen, dass ausschließlich geladenen Gästen Zutritt gewährt wird. Wir bitten Dich Deine Kolleginnen und Kollegen über diese Antwort zu informieren, damit sie nicht vergeblich ihre Reise nach Frankfurt antreten.

Mit kollegialen Grüßen

Michael Leßmann

IG Metall Vorstand
Büroleiter 1, Vorsitzender
Koordination der Vorstandsaufgaben und Planung

Wilhelm-Leuschner-Str. 79
60329 Frankfurt am Main

* +49 69 6693-2590
7 +49 69 6693-2592
E +49 170 333237

* michael.lessmann@igmetall.de<mailto:michael.lessmann@igmetall.de>

Diesel-PKW (laut Studien von Weltgesundheitsorganisation, EU-Kommission und Max-Planck-Gesellschaft). Von der Verharmlosung bis hin zu offenem Rechtsbruch und Willkür, dazu gehören nicht nur der gesamte VW-Vorstand, dazu gehören die Aufsichtsräte – auch die der IG Metall, die den Bremer Mercedes-Kollegen gerade den Mund verbieten wollen.

Dazu gehören auch Betriebsräte, die versuchen, mit T-Shirts (VW- eine Familie) und Zusammenhalt-Parolen das Verbrechen runter zu spielen. Dazu gehört in vorderster Linie aber auch die Regierung und deren Behörden, die obendrein auch verantwortlich sind für Hartz-Gesetze, Leiharbeit und Werkverträge. Frau Merkel, statt mit allen Beteiligten des VW-Skandals vor Gericht gestellt zu

werden, darf auf unserem Gewerkschaftstag reden – die Mercedes-Kollegen müssen draußen bleiben.

Wie tief ist unsere Gewerkschaft eigentlich gesunken?

Nicht nur die Kolleginnen und Kollegen bei Daimler sind empört über die 761 Abmahnungen und die Ablehnung des Rechtsschutzes durch die IG Metall. Über 90 Solidaritätsschreiben und Protestbriefe aus aller Welt, Hunderte von Unterschriften aus anderen Betrieben und Gewerkschaften sind eingegangen. Auch die Vertrauensleute des Bremer Mercedes-Werkes sehen die Sache völlig anders und fordern vom Vorstand die Unterstützung der Kläger (siehe Beschluss vom 17. September dieses Jahres unten!).

Mit großer Mehrheit angenommen:

Die Vertrauensleuterversammlung des Bremer Mercedes Werkes möge beschließen.

1. Die IG Metall Bremen wird aufgefordert, die Gerichtskosten der 33 IG Metall Mitglieder für ihren Klageweg gegen ihre Abmahnungen und für das Recht auf kollektiver Maßnahmen einschließlich des Streikrechts im Fall von Interessenkonflikten bis hin zum Europäischen Gerichtshof, zu übernehmen
2. Sollte die Kostenübernahme aus formalen Gründen abgelehnt werden, übernimmt die IG Metall Bremen die Bürgschaft in Höhe der entstehenden Gerichtskosten für ihre klagenden IG Metall Mitglieder.

Begründung: Circa 2,5 Millionen Euro zahle unsere IG Metall Mitglieder jährlich an ihre IG Metall. Da erscheint eine Bürgschaft in Höhe der entstehenden Gerichtskosten vergleichsweise gering. Denn es geht in diesen Verfahren nicht nur gegen die Abmahnungen sondern um nichts geringeres als den Artikel 6 der Europäischen Sozialcharta, der 1964 von Deutschland ratifiziert wurde und bis heute nicht vollständig umgesetzt ist. In dem Artikel 6 geht es um das Recht kollektiver Maßnahmen einschließlich des Streikrechts im Fall von Interessenkonflikten, also auch außerhalb von Tarifrunden.

Antragssteller:

Kündigungsausschuss §102 des Bremer Betriebsrates

Kolleginnen und Kollegen Delegierte,

wer noch ehrlicher Gewerkschafter ist bringt jetzt hier und heute einen Initiativantrag ein, der es den Kollegen ermöglicht, zu Euch zu reden; der den Vorstand auffordert, den Abgemahnten Rechtsschutz und Unterstützung zu geben; der die von uns bezahlten Bürokraten daran erinnert, was ihre Aufgabe ist. Es geht um unser aller Streikrecht. Es geht um unsere Gewerkschaft!

ARBEITS- UND KOORDINATIONSAUSSCHUSS DER VIERTEN ARBEITER- UND GEWERKSCHAFTER- KONFERENZ GEGEN DEN NOTSTAND DER REPUBLIK

Kontakt: Rainer Herth, Schönbornstraße 13, 60431 Frankfurt/Main,
Tel: 069/832754, Fax:069/83833431, E-Mail: R@inerHerth.de

V.i.S.d.P.: Rainer Herth Frankfurt